



P r o t o k o l l

der nichtöffentlichen
Sitzung betreffend
Finanzplan/Aufgabenprogramm

Datum: Samstag, 6. Oktober 1979

Zeit: 09.30 Uhr bis 11.30 Uhr

Ort: Singsaal Lättenwiesen

Vorsitz: Ratspräsidentin Helen Kunz

Anwesend: 22 Mitglieder

Abwesend: Kurt Scheuber (beruflich)
Robert Straumann (ortsabwesend)
Ernst Hirschi (Ausland)
Hans Sigrist (beruflich)
Walter Büchi (Klassenlager)
Karl Kuhn (Ausland)
Bernard Grunholzer (ortsabwesend)
Bruno Tantanini (beruflich)
Albert Fuchs (beruflich)
Rico Kradolfer (Ausland)
Brigitta Spörndli (beruflich)
Werner Surber (beruflich)
Jules Hartmann (gesundheitlich)
Robert Schindler (beruflich)

Protokoll: Ratssekretär Werner Pfenninger



Ernst Hofmann stellt namens der FdP-Fraktion den Antrag, über die heutige Sitzung ausnahmsweise ein substantielles Protokoll zu führen.

Diesem Antrag wird entsprochen.

1. Allgemeine Erläuterungen zum Finanzplan und Aufgabenprogramm durch Finanzvorstand Karl Pfister

Finanzvorstand Karl Pfister macht auf § 49 der Gemeindeordnung und Art. 34 der Verordnung über den Finanzhaushalt der Stadt Opfikon aufmerksam. Die erarbeiteten Grundlagen sind Richtlinien, welche dem Gemeinderat zur Kenntnis gegeben werden. Der Stadtrat und das Büro haben sich ausgesprochen und vereinbart, eine gemeinsame, orientierende Sitzung durchzuführen. Der Ausschluss der Öffentlichkeit liegt in der ganzen Tragweite des Problemkreises. Es besteht die Gefahr, dass weniger sachlich, dafür mehr politisch argumentiert wird.

Seit es öffentliche Finanzwirtschaften gibt, scheint es deren markanteste Eigenschaft zu sein, vor leeren Kassen zu stehen. Die Hauptsorge früherer Säckelmeister bestand darin, dass sie das benötigte Geld selten so schnell einnehmen konnten, wie dieses wieder zwischen ihren Fingern verlorenging. Daran hat sich bis zur heutigen Zeit kaum etwas verändert.

Bei der Besprechung der Finanzprobleme der Stadt kommt es sicher niemandem in den Sinn, damit die Vorstellung von überfüllten Kassen zu verbinden. Das Gegenteil ist der Fall. Ungenügende Einnahmen, grosse Verschuldung, nicht erfüllbare Aufgabenwünsche, Rechnungsdefizite, Fondsentnahmen usw. sind Mahnzeichen, die sich bei unserer Diskussion ergeben. Ein übergrosser Investitionsbedarf hat zur heutigen Finanzlage beigetragen. Er ist eine Folge des stetigen Wohlstandes und vielversprechender Wirtschaftslage gewesen.



Durch den enormen Bevölkerungszuwachs in den letzten 25 Jahren ist es nötig geworden, so schnell wie möglich neue Kapazitäten in allen Leistungsbereichen aufzubauen. Es darf nicht verheimlicht werden, dass eine Art psychologische Ansteckung auch unsere Stadt dazu verleitet hat, in möglichst kurzer Zeit alles Wünschbare zu realisieren, wobei die Angst vor den hohen Inflationsraten diese Bestrebungen noch gefördert haben. Seit 1975 ist zum Glück eine gewisse Beruhigung eingetreten. Der Investitions- und Zinsdruck haben nachgelassen.

Man darf sich aber nicht täuschen lassen, denn seit Frühjahr 1979 lässt sich eine Wende erkennen. Zur Zeit wird das Budget 1980 vorbereitet. Es wird dem Stadtrat nicht gelingen, einen ausgeglichenen Voranschlag vorzulegen. Innerhalb nur eines Jahres können sowohl auf der Einnahmen- wie auch auf der Ausgabenseite grosse Veränderungen entstehen. Jeder Voranschlag muss nach einer klaren Zielvorgabe ausgearbeitet werden. Es sind finanzpolitische, konjunkturpolitische, wachstumspolitische, verteilungspolitische sowie Liquiditätsaspekte mit zu berücksichtigen. Durch einen Finanzplan, welcher ordnet und Uebersicht verschafft, kann diese Zielvorstellung erreicht werden.

In einer zeitgemässen und wirkungsvollen Finanzplanung müssen folgende Elemente enthalten sei:

1. Analyse

Die Analyse ist der Ausgangspunkt einer guten Finanzplanung. Sie setzt sich mit allen Problemen einer Gemeinde auseinander. Das bauliche und bevölkerungsmässige Wachstum müssen untersucht und auf mehrere Jahre zurück der Gemeindehaushalt kritisch unter die Lupe genommen werden. Diese kritische Durchleuchtung legt die Basis für die Fragestellungen, welche bei einer Planungsarbeit wertvolle Dienste leisten. In unserer Stadt ist im Jahre 1974 diese Analyse vorgenommen worden. Es ist damals die stärkste Wachstumsperiode 1963 bis 1973 eingehend untersucht worden.



2. Planungszeitraum

Das zweite Element ist der Planungszeitraum. Es wird oft die Ansicht vertreten, in einer Gemeinde könne die Planung kaum über vier bis fünf Jahre möglich sein, weil sich in kurzer Zeit alles verändern könne. Jede Gemeinde kann - sofern sie gewillt ist - ihre Entwicklung und ihr Wachstumstempo selber bestimmen. In unserer Stadt ist die Planungszeit auf zehn Jahre festgelegt worden, während die Auswirkungen auf den ordentlichen Gemeindehaushalt auf fünf Jahre beschränkt sind.

3. Entwicklungsziele

Für jeden aussagefähigen Finanzplan ist es nötig, sich intensiv mit der künftigen Entwicklung der Gemeinde auseinanderzusetzen. Wie rasch soll sie wachsen? Wo wird das Wachstum stattfinden? Wie wird es sich niederschlagen?

Auf all diese Fragen müssen wir eine Antwort finden. Parallel zu den Entwicklungsvorstellungen ist auch die zu verfolgende Finanzpolitik festzulegen. Der Stadtrat hat daher klare Zielvorstellungen erarbeitet, welche in den Zielsetzungen für die Amtsperiode 1978/82 festgelegt sind. Diese Zielsetzungen sind eine Art Regierungserklärung, welche mithelfen soll, den politischen Entscheidungsprozess einzuleiten und zu fördern. Es ist aber auch zu betonen, dass die abgegebenen Unterlagen Informationen sind ohne rechtliche Bindung. Gestützt auf die vorhandenen Unterlagen, ist das Aufstellen eines aussagekräftigen Investitionsprogrammes nicht mehr allzu schwierig.

Die Folgekosten der Investitionen dürfen nicht ausser acht gelassen werden, denn sie bestimmen sehr oft, ob eine Investition übernommen wird oder nicht. Im Investitionsprogramm regelt die Prioritätsordnung die Reihenfolge der Verwirklichung der einzelnen Vorhaben. Im ordentlichen Haushalt wird versucht, die künftigen Aufwendungen dem bestehenden Leistungsniveau anzupassen. Dass dies nicht immer leicht ist, zeigt die Prognose über den oV im Abschlussblatt des Finanzplanes.



2. Beantwortung der eingereichten Fragen

A) Finanzplan,
eventuelle Ergänzungsfragen der fragestellenden Fraktionen

Fragen der FdP-Fraktion

1. Aus welchen Gründen gliedert die Fides die Bedarfs-
kategorien in

- Nachholbedarf
- Entwicklungsbedarf
- Wunschbedarf?

Würde eine Gliederung in

- gesetzlich gebundene (und feste, nicht beeinflussbare) Ausgaben
- unumgängliche Ausgaben
- wünschbare Ausgaben

nicht klarere Entscheidungsgrundlagen liefern?

Antwort des Finanzvorstandes

Für die Darstellung und Präsentation des Finanzplanes existieren zur Zeit noch keine amtlichen Formularmuster. Nach der Einführung des neuen Rechnungsmodells werden auch auf diesem Sektor im Interesse der horizontalen Vergleichsmöglichkeiten einheitliche Formularsätze entwickelt werden. Dem Wunsch der FdP auf eine Unterteilung in gesetzlich gebundene Ausgaben, unumgängliche Ausgaben, wünschbare Ausgaben könnte mit entsprechender Programmänderung entsprochen werden. Doch scheint es im Hinblick auf die Einführung des neuen Rechnungsmodells nicht sinnvoll, jetzt noch eine solche Änderung vorzunehmen.

Theodor Ulrich ist von der Antwort soweit befriedigt, nicht aber von deren Begründung. Er würde es begrüßen, wenn zu einem späteren Zeitpunkt die Teilung vorgenommen werden könnte.



2. Sind die Steuererträge, auf denen der Finanzplan beruht, noch richtig?

Antwort

Die Steuererträge sind nicht mehr richtig. Pro 1980 wird der 100 %ige Steuerertrag mit Fr. 12,6 Mio. errechnet. Der Finanzplan wird jedes Jahr angepasst, und wichtige Änderungen werden dem Gemeinderat bekanntgegeben.

3. Wie sieht der Stadtrat die Steuerfusspolitik?

Antwort

Der Stadtrat ist bestrebt, den Steuerfuss konstant zu halten. Es darf auf die Reserven gegriffen werden. Pro 1980 wird im oV mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 2,5 Mio. gerechnet (Leistung Finanzausgleichsbeitrag mehr als Fr. 1,0 Mio., Wegzug der Firma Rank Xerox AG). Seit 1966 ist der Steuerfuss stets bei 115 % gehalten worden.

4. Welche Politik wird in der Verschuldung und der Schuldentilgung verfolgt?

Antwort

Dank der guten Rechnungsabschlüsse der letzten Jahre konnten namhafte zusätzliche Schulden getilgt werden. Es wird weiterhin das Bestreben des Stadtrates sein, die Verschuldung in normalen Grenzen zu halten. Die Verschuldung der Gemeinde sieht momentan wie folgt aus:

Noch zu tilgende Rückschläge per Ende 1978	Fr. 35'102'400.--
./. Bestand des Ausgleichsfonds	<u>Fr. 24'263'600.--</u>
Verschuldung	Fr. 10'838'800.--
	=====
Steuerertrag 100 %	Fr. 12'600'000.--



Verschuldung somit 86,02 % des einfachen Steuerertrages.

Als Faustregel gilt eine Gemeinde als stark verschuldet, wenn die Verschuldung über 300 % des einfachen Steuerertrages beträgt. Daraus ersehen wir, dass die Verschuldung unserer Stadt als normal bezeichnet werden darf.

5. Welche Konsequenzen hat der Entscheid auf mittelfristige Beibehaltung des heutigen Steuerfusses?

Antwort

Diese Frage ist bereits mit der Einleitung beantwortet worden.

6. Welches ist die Landpolitik der Stadt? Haben sich seit der letzten Debatte über diese Frage beim Stadtrat Meinungsänderungen ergeben?

Antwort

Es haben sich keine Meinungsänderungen ergeben. Es wird nach wie vor Land gegen Realersatz abgegeben.

7. Welches sind die Entwicklungstendenzen bei der Verwaltung? Kann der Personalbestand stabil gehalten werden?

Antwort

Stadtpräsident Bruno Begni teilt mit, dass die Organigramme ausgearbeitet worden sind. Die Arbeitsplatzbewertung sei neu erstellt worden. Eine Personalerhöhung werde nicht ins Auge gefasst. Vorbehalten bleibe jedoch die Frage in bezug auf die EDV (eigene Anlage oder Zusammenarbeit mit Kloten), die Bauabteilung und die Polizeiabteilung.



Fragen der LdU-Fraktion

1. Wie aussagekräftig ist dieser Finanzplan nach dem zu erwartenden Rückgang der Steuereinnahmen in den nächsten Jahren?

Antwort

Diese Frage ist bereits beantwortet.

2. Wie gross wird die Korrektur sein nach dem definitiven Wegzug der Rank Xerox?

Antwort

Die Korrektur wird sich um Fr. 0,9 Mio. einpendeln.

3. Gehören Werkgebäude und Stadthaus nicht eher in die Kategorie Wunschbedarf?

Antwort

Werkgebäude und Stadthaus gehören in den Entwicklungsbedarf.

4. Nach dem Willen des Stadtrates sollen 1979 bis 1984 realisiert werden

- Um- und Neubau Schulanlage Halden
- Werkgebäude
- Stadthaus.

Teilt der Stadtrat die Meinung, dass durch diese Planung die Bewilligung des Kredites für den Um- und Neubau Halden stark gefährdet wird?

Antwort

Es wird geprüft, ob Werkgebäude und Stadthaus terminlich verschoben werden können. Die Schulanlage Halden wird nicht gefährdet.



5. Wie stark dürfte der Reservefonds in den nächsten Jahren maximal beansprucht werden?

Antwort

Der Reservefonds kann bis zu 1/3 verringert werden.

- B) Aufgabenprogramm/Zielsetzungen,
eventuelle Ergänzungsfragen der fragestellenden Fraktionen

Fragen der FdP-Fraktion

1. Ist es richtig, dass aus dieser allgemeinen Zielsetzung für die Legislaturperiode folgende Schwerpunkte abgeleitet werden können?

Präsidialabteilung

- Förderung des Gespräches Verwaltung/Bürger
- Rationalisierung unserer Verwaltung
- Pflege der kulturellen Interessen der Stadt
- Aktivitäten zur Eindämmung der Immissionen

Antwort

Stadtpräsident Bruno Begni macht auf ein abgeändertes Sprichwort aufmerksam, welches heisst: "Der Bürger hat immer Recht!"

Es sind Kurse für die Schulung des Personals vorgesehen. Es liegt ein Antrag der GPK vor, welcher gegenwärtig geprüft wird. Die Arbeitsgruppe des Stadtpräsidenten ist ständig an der Arbeit. Es ist sehr schwer, die Eindämmung der Immissionen vorzunehmen. Das Motto des Stadtrates lautet daher: "Keine weiteren Immissionen mehr!"



Finanzabteilung

- Beibehaltung eines stabilen Steuerfusses
- Abbau der Verschuldung der öffentlichen Hand
- Ueberprüfung der Landpolitik

Antwort

Diese Fragen sind bereits beantwortet worden.

Ergänzende Antwort des Finanzvorstandes

Bezüglich der Melioration Opfikon hat der Stadtrat bereits Beschluss gefasst. Das Gebiet Bubenholz soll so rasch als möglich erledigt werden. Ein entsprechender Antrag ist auf das nächste Jahr zu erwarten.

Hoch- und Tiefbauabteilung

- Konsequente Förderung der Ortsplanung mit dem Ziel, die Wohnqualität mindestens auf dem heutigen Stand zu halten und durch Schaffung von Grünflächen und Landwirtschaftsland der Bevölkerung Erholungsgebiete zu sichern
- Bei der Denkmalpflege alles zu unternehmen, damit der heutige Charakter des schützenswerten Ortsbildes von Opfikon erhalten bleibt und Bauten sich klaglos in das Ortsbild einfinden

Antwort

Die Ortsplanung wird gefördert mit dem Ziel, die Wohnqualität mindestens auf dem heutigen Stand halten zu können. Der öffentliche Verkehr soll angeheizt werden, es sind Rad- und Wanderwege zu schaffen. Das Dorfbild Opfikon soll erhalten bleiben. Opfikon soll als schützenswert im regionalen Bereich eingestuft bleiben.



Werkabteilung

- Die Planung der Fernwärme und Gasversorgung vorantreiben
- Die bestehenden Versorgungsnetze planmässig verbessern

Antwort

Der Vertrag mit der Stadt Zürich über die Abgabe von Gas ist dem Büro zuhanden des Rates übergeben worden. Das Problem Fernwärme ist noch pendent. Der Stadtrat hofft, dass der Fernwärmevertrag im Jahre 1980 zur Genehmigung vorgelegt werden kann. Dem Unterhalt der bestehenden Versorgungsnetze wird grosse Beachtung geschenkt.

Liegenschaftenabteilung

- Im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten die städtischen Liegenschaften planmässig zu unterhalten und zu sanieren

Antwort

Der Stadtrat und die Liegenschaftenverwaltung sind bemüht, die städtischen Liegenschaften sinn- und massvoll zu unterhalten und den finanziellen Möglichkeiten entsprechend zu sanieren.

Polizeiabteilung

- Konzepte für die Kanalisation der Verkehrsströme zu schaffen
- Dafür zu sorgen, dass die Quartierstrassen nicht mit dem ruhenden Verkehr völlig überstellt werden

Antwort

Eine wesentliche Verkehrsentlastung lässt sich auf den Zeitpunkt der Inbetriebnahme des Hochleistungsstrassennetzes erwarten. Der Stadtrat hat Ende September 1979



einen Verkehrsplaner beauftragt, zu analysieren, wie sich das übergeordnete Strassennetz bezüglich Strassenverkehr in Opfikon - Glattbrugg auswirkt. Der Stadtrat ist bemüht, in Zusammenarbeit mit den Planern, der Planungskommission und Polizei Konzepte zur wirkungsvollen Kanalisierung des Durchgangsverkehrs auszuarbeiten.

In den in den 60er Jahren erstellten Quartieren fehlen einfach die genügenden privaten Abstellplätze. Diese Quartiere wurden seinerzeit bauordnungsgemäss überbaut. Die Vorschriften in Sachen Garagen und Abstellplätze waren damals vorhanden, doch genügen die damals erstellten Flächen dem heutigen Verkehrsbestand bei weitem nicht mehr. Der Bau öffentlicher Parkplätze für den Privatgebrauch ist schlussendlich eine Frage der Finanzen und des Landerwerbs. Die Signalisation weiterer Parkverbote und die Einführung von gebührenpflichtigen Laternengaragen führen leider nicht zum Ziel.

Gesundheitsabteilung

- Ein Schwergewicht bei der Behebung der unerfreulichen Zustände im Bad zu legen

Antwort

Es ist selbstverständlich, dass der Badanlage ein besonderes Schwergewicht beigemessen wird, handelt es sich doch um den grössten defizitären Betrieb unserer Stadt. Auch die Steigerung der Attraktivität ist ein echtes Anliegen der Betriebskommission. Es wurden bereits verschiedene Massnahmen eingeleitet, um die Zielsetzungen zu erreichen. Erfolgsresultate liegen zur Zeit noch nicht vor.

Vormundschafts- und Fürsorgeabteilung

- Die notwendigen Massnahmen zur Hebung der Wohnlichkeit der Alterssiedlung zu ergreifen



Antwort

Die Hebung der Wohnlichkeit in der Alterssiedlung ist ein zentrales Problem. Einerseits soll mit wohnlichen Räumen und einer entsprechenden Umgebung der Rahmen für die Behaglichkeit geschaffen werden, andererseits muss immer wieder versucht werden, die Bewohner angemessen zu mobilisieren und im Sinne der Selbsthilfeanleitung zu betreuen. Eine vermehrte Beteiligung der Bevölkerung würde dabei noch wesentlich mehr erwirken.

Schule, Jugend- und Sportabteilung

- Das Halden-Projekt zu fördern
- Mit dem Jugendhaus im heutigen Ausbaustadium die notwendigen Erfahrungen zu sammeln

Antwort

Das Halden-Projekt ist erledigt.

Das heutige Jugendhaus findet eine sehr starke Beachtung bei den jungen Benützern. Die Erfahrungen werden jetzt gesammelt.

Fragen der LdU-Fraktion

1. Erweiterung Stadtpolizei auf drei Mann
Kann nicht durch Umdisposition auf den dritten Mann verzichtet werden?

Antwort

Das gewaltige Verkehrsaufkommen auf unseren Strassen bedingt eine vermehrte Präsenz der Stadtpolizei im Aussen-dienst. Auch der interne Bürodienst nimmt die beiden Po-lizeibeamten immer mehr in Anspruch. Zu beachten ist im weiteren, dass Fritz Stäuble in wenigen Jahren pensioniert wird. Wie in anderen Polizeikorps, soll auch in Opfikon der Beamte mit zunehmendem Alter vom Aussendienst etwas entlastet werden.



Problematisch ist es mit dem Nachtdienst. Gemäss Empfehlung der KAPO und des Polizeibeamtenverbandes sollten aus Sicherheitsgründen nachts nur Patrouillen zu zwei Mann im Aussendienst tätig sein. Der Nachtdienst dauert in der Regel bis gegen 02.00 Uhr. Mit nur zwei Mann ist es rein unmöglich, einen einigermaßen funktionierenden Pikettdienst rund um die Uhr sicherzustellen. Engpässe entstehen auch bei Absenzen (Ferien, Krankheit etc.). Die Erweiterung auf drei Polizisten entspricht einem echten Bedürfnis.

2. Teilplanungen/Rietgrabenhang

Heute besteht am Rietgrabenhang ein Familiengartenareal. An was für eine Nutzung wird langfristig gedacht? Sollten die Familiengärten aufgehoben werden? Wird damit zugewartet, bis definitiv Ersatz geboten werden kann?

Antwort

Es handelt sich um eine aktive Baulandreserve der Scherrer Erben AG. Die Familiengärten sind mittelfristig auf dem Opfiker Hochplateau geplant und werden nach Abschluss der Melioration an ihren definitiven Standort verlegt. Ob mit dem Verkauf dieser Parzelle so lange zugewartet werden kann, ist fraglich, denn zur Zeit sind Kaufinteressenten angemeldet. Im Zusammenhang mit einem eventuellen Verkauf müssten also vorgängig die Bauauflagen erarbeitet werden, um eine einheitliche Gesamtüberbauung zu erreichen, die der Umgebung angepasst wäre.

3. Altpapiersammlung/Abnahmevertrag Altpapier

Würden dadurch nicht verschiedenen Vereinen Finanzeinnahmen entzogen, welche durch zusätzliche Unterstützungsbeiträge durch die Stadt wieder ersetzt werden müssten?

Antwort

Infolge der massiven Senkung des Altpapierpreises mussten die Verträge sowohl mit dem Papierhändler als auch mit den Vereinen entsprechend angepasst werden. Diese Anpassung erfolgte bereits Ende 1978 mit Wirkung



ab 1. Januar 1979. Da den Vereinen nicht nur der Reinerlös des Altpapieres zukommt, sondern auch die Einsparung dadurch entsteht, dass das Papier nicht mit dem ordentlichen Kehricht vernichtet werden muss, sind alle beteiligten Vereine nach wie vor an den Sammlungen interessiert.

4. Altliegenschaften/Ortsmuseum

Weiss man heute definitiv, was mit diesem Gebäude geschieht?

Antwort

Für die Liegenschaft Ortsmuseum sind zwei leider nicht restlos befriedigende Projektstudien erstellt worden. Der Stadtrat hat eine Verwendungsstudie in Auftrag gegeben, die bis Ende 1979 weitere Verwendungsmöglichkeiten aufzeigen soll.

Ernst Hofmann gibt bekannt, dass es sicher interessant war, zu hören, was der Stadtrat hier vorgelegt hat. Die Vorstellungen der FdP-Fraktion weichen jedoch von dieser Auflistung etwas ab. Die Fragen der FdP-Fraktion seien nicht genau beantwortet worden. Es müsse mehr mit Schwerpunkten gearbeitet werden. Bei der Beurteilung der Lage soll probiert werden, zu zeigen, wie die Schwerpunktziele erreicht werden können.

Finanzvorstand Karl Pfister macht darauf aufmerksam, dass es richtig ist, dass beim Stadtrat diese Zielsetzungen festgelegt werden.



3. Stellungnahme der Fraktionen zum Verfahren bezüglich
des Finanzplanes und der Zielsetzungen

Hugo Jung ist namens der CVP-Fraktion im grossen und ganzen befriedigt mit der heutigen Erledigung. Er hätte jedoch gern noch ein paar zusätzliche Detailfragen gestellt.

Peter Reinhard erklärt für die EVP-Fraktion, dass er nicht einverstanden sei, dass die Sitzung nicht öffentlich abgehalten werde. Er ist auch nicht befriedigt, dass keine direkten Fragen gestellt werden durften. Bei diesem Vorgehen wisse der Stadtrat nicht, wie die Meinung des Gemeinderates sei. Die EVP-Fraktion erwartet, dass künftig diese Sitzung öffentlich durchgeführt wird und dass auch diskutiert werden kann.

Theodor Ulrich teilt mit, dass die FdP-Fraktion ihre Stellungnahme später bekanntgeben werde. Persönlich ist er der Meinung, dass diese Diskussion ohne weiteres in einer öffentlichen Sitzung geführt werden sollte. Die Fragen seien einfach vorher schriftlich an den Stadtrat zu richten.

Ernst Wiesendanger wünscht namens der SP-Fraktion, dass künftig die Öffentlichkeit als Zuhörer anwesend sein kann.

Für richtiges Protokoll

Der Ratssekretär

H. Hemming
.....



PROTOKOLL
DES GROSSEN
GEMEINDERATES
OPFIKON

SITZUNG VOM

6. Oktober 1979

276

Protokoll geprüft

Die Ratspräsidentin

H. Kunz

Der 1. Vizepräsident

H. Jung

Der 2. Vizepräsident

H. Jung